

„Es wird mehr Sicherheit geben“

Interview mit Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble in der Passauer Neuen Presse am 29.11.2007

Passauer Neue Presse: Die Erweiterung des Schengen-Raumes soll mehr Sicherheit bringen, verspricht die Politik. Viele Menschen sehen in der Öffnung der Grenzen zu Polen und Tschechien dagegen eher ein Sicherheitsrisiko. Verstehen Sie die Sorgen und Ängste?

Schäuble: Natürlich gibt es in der Bevölkerung Vorbehalte, genauso wie es in meiner badischen Heimat seinerzeit bei der Öffnung zu Frankreich war. Aber die werden sich als unbegründet herausstellen. Wir haben das vorhandene Informationssystem der Schengen-Mitglieder so aufgerüstet, dass alle neuen Schengen-Staaten daran angeschlossen sind. Der Probelauf läuft seit September erfolgreich. Außerdem sind die Kontrollen an den neuen EU-Außengrenzen mehrfach überprüft worden. Das Ergebnis zeigt: Es gibt keine Mängel mehr.

Passauer Neue Presse: Aber Bedenken bleiben . . .

Schäuble: Die Erweiterung von Schengen ist ein Meilenstein. Darauf sollten wir uns freuen. Der Schutz der Außengrenzen erfolgt auf dem hohen Niveau aller Vertragsstaaten. Auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte zwischen Deutschland, Polen und Tschechien ist hervorragend. Der Wegfall der Grenzkontrollen bedeutet nicht weniger Sicherheit. Es wird ein Mehr an Sicherheit und ein Mehr an Freiheit geben. Dafür wird alles Notwendige getan, zum Beispiel die starke Präsenz der Polizeien in der 30-Kilometer-Zone. Die positiven Erfahrungen werden die Bevölkerung überzeugen. Im übrigen: Herkömmliche Grenzkontrollen helfen im Zeitalter der Globalisierung nur wenig gegen organisierte Kriminalität, illegale Migration und internationalen Terrorismus, viel wichtiger ist die jetzt verbesserte Polizeizusammenarbeit.

Passauer Neue Presse: Der Verfassungsrichter Di Fabio kritisiert die immer neuen Verschärfungen der Sicherheitsgesetze und warnt vor einem Überbietungswettbewerb. Wie viel Schutz verträgt die Freiheit?

Schäuble: Ohne Recht und Gesetz, ohne den funktionierenden Rechtsstaat gibt es keinen Schutz der Freiheit. Wir sollten hier keine Gegensätze zwischen Verfassungsorganen aufbauen. Die Verfassungsrichter erwarten zu Recht, dass ihre Unabhängigkeit respektiert wird. Gesetzgeber ist das Parlament, und diese Aufgabe wird dem Parlament auch nicht abgenommen.

Passauer Neue Presse: Gibt es Hinweise für eine veränderte Sicherheitslage in der Vorweihnachtszeit?

Schäuble: Nein. Es gibt im Augenblick keine besonderen Anmerkungen zur Sicherheitslage. Wir gehen unverändert von einer erhöhten Gefährdung aus, haben aber keine konkreten Anschlagshinweise.

Passauer Neue Presse: Die Große Koalition streitet über die Außenpolitik. Russland, China, Nahost - die Meinungen über den richtigen Kurs gehen auseinander. Ende des üblichen außenpolitischen Konsenses der Regierung?

Schäuble: Natürlich ist es wichtig, dass die Bundesregierung in der Außenpolitik geschlossen

auftritt. Wir sollten uns aber das Recht nicht nehmen lassen, unsere eigene Meinung zu sagen und zu reden, mit wem wir es für richtig halten. In der Nahostpolitik gibt es keinen Dissens in der Bundesregierung. Es ist gut, dass auch Syrien an der Konferenz in Annapolis teilgenommen hat. Am Ende werden allerdings weder die Bundesregierung noch der Außenminister allein für Erfolg oder Misserfolg der Konferenz verantwortlich sein. Wir sollten diese Debatte nicht weiter fortsetzen.

Passauer Neue Presse: Mit Ihren Äußerungen zur Lebensarbeitszeit sind Sie nur missverstanden worden?

Schäuble: Ich habe nur auf die demographische Entwicklung verwiesen. Eine Äußerung zum Rentenalter werden Sie von mir nicht finden. Das ist eine von den Medien künstlich konstruierte Debatte. Natürlich ist es das Recht von Wirtschaftsexperten, über Rente mit 70 nachzudenken. Aber niemand hat das Recht, mich damit in Verbindung zu bringen.

Passauer Neue Presse: Die CDU trifft sich in der kommenden Woche zum Bundesparteitag in Hannover. Werden dort die Beschlüsse des Leipziger Reformparteitages endgültig zu Grabe getragen?

Schäuble: Leipzig war ein wichtiger Schritt. Wir sind heute wieder in der Regierungsverantwortung mit Angela Merkel als erfolgreicher Kanzlerin an der Spitze. In Hannover geht es um die aktuelle Positionsbestimmung der CDU. Wir sind als Volkspartei der Mitte gut aufgestellt und auf dem richtigen Weg. Das bedeutet auch, dass wir das Soziale nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Interview: Andreas Herholz